

Anfrage nach §63a Oö. Gemeindeordnung

Die MFG-Gemeindefraktion XY stellt nach §63a Oö. GemO die nachfolgende Anfrage an den Bürgermeister, zur Beantwortung in der nächsten Gemeinderatssitzung:

Begründung der Anfrage:

Nach uns vorliegenden Informationen wurde im Sommer ein offener Brief eines Gemeinderates aus Unterach an die E-Mailadresse aller Gemeinden in Oberösterreich gesendet und somit auch an die Gemeinde XY. Dieses E-Mail war adressiert wie folgt:

An die
Gemeinderätinnen, Gemeinderäte!
An die Bürgermeisterinnen, Bürgermeister!
Der 438 OÖ. Gemeinden.

Jedoch wurde der Brief nicht an die Gemeinderäte bzw. Fraktionen weitergeleitet, so wie dieser im Anschreiben adressiert war.

Wie im Schreiben dargestellt, macht die OÖ Landesregierung Gesetze mit immer mehr Vorschriften, welche Eingriffe in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde darstellen und die Autonomie sowie die Handlungsweise der Gemeinden einschränken. Bei den im Brief genannten Beispielen, sowie in jüngerer Zeit verabschiedeten Gesetzen wie z.B. dem neuen Kinderbetreuungsgesetz oder der gratis Krabbelstube, wird auf der Ebene der Landesregierung politisches Kleingeld gewechselt und die Gemeinden werden in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und müssen die zusätzlichen Finanzaufwände tragen. Dies führt zu immer höheren finanziellen Abgängen in den Gemeindekassen und zu mehr Abhängigkeit von unsicheren Subventionen durch die Landesregierung. Dass der OÖ-Gemeindebund in diesen Angelegenheiten keine Unterstützung für die Gemeinden darstellt, nicht unabhängig für die Gemeinden auftritt und lediglich als verlängerter Arm für die Landesregierung fungiert, bestätigen die laufenden Ereignisse in der Vergangenheit. Aus diesem Grund sollte, wie im Brief angemerkt, ein fraktionsübergreifender Dialog geführt werden, um die Anliegen der Gemeinden gegenüber dem Land einfordern zu können.

Der Bürgermeister möge daher zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

- **Warum wurde der an die Gemeinderäte adressierte Brief nicht an die Gemeinderäte bzw. Fraktionen weitergeleitet?**
- **Welche Maßnahmen sind angedacht, um den im Brief beschriebenen parteiübergreifenden Dialog zu führen?**
- **Welche Maßnahmen sind angedacht, um dem fortschreitenden Abbau der Selbstbestimmung der Gemeinden und dem Übertragen von zusätzlichen finanziellen Belastungen an die Gemeinden entgegenzuwirken?**

Für die MFG-Gemeindefraktion XY

Gemeinderat Peter Steiner, ÖVP Unterach.

Offener Brief an den Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, die LR*in Michaela Langer Weninger und LR Markus Achleitner sowie Klubobmann Dr. Christian Dörfel.

Der ÖVP- Landtagsklub ignoriert unsere vorbildliche Arbeit und bestraft unsere Zwei-Seen Gemeinde Unterach dafür, weil wir die Vorgaben der Landesregierung umgesetzt haben, nämlich Seegrundstücke gemeinsam anzukaufen, wenn sie am Markt erwerbbar sind.

Projekte: Natur- Badeplatz Freizeitanlage,

Hauptplatz- Ankerplatz: Sichtachse vom Kirchenplatz zum See.



Der Hauptplatz in Unterach bei der Angelobung von 200 Salzburger Grundwehrdienern. Am 14.07.23

Die Gemeinde Unterach hat insgesamt 18.000 m² öffentlichen Seezugang. In etwa zur Hälfte in Gemeindeeigentum mit hohem Eigenmittelanteil. Wir sind eine Vorbildgemeinde. Seegrundstücke kann man nur erwerben, wenn sie am Markt sind. Durch die große Nachfrage bestimmt der Verkäufer den Preis. Man kann sich nur für Ja oder Nein entscheiden, dann ist die Chance für immer vorbei.

**Der Ankauf geschah im beiderseitigem Einvernehmen mit dem Land OÖ
Inhalte:**

1/ Aufruf an die 438 OÖ. Gemeinden

2/ Gemeindefinanzierung NEU

3/ Gemeindefinanzierung Conclusio Concret für Unterach

4/ Projektumsetzung, Konfliktbeschreibung mit OÖVP- Landtagsklub

1/: Aufruf an die 438 OÖ. Gemeinden.

Ihr Landespolitiker habt ja schon die nächsten Gemeinheiten für uns Gemeinden im Plan. Ein solcher Kobold war ja auch der ehemalige LH- Stellvertreter Franz Hiesl, indem er die Landesstraßen zu Gemeindestraßen machte, weil er Ortsteile in Orte umwandelte und dadurch die Gemeinden teilweise für die Erhaltung und Sanierung dieser Straßenteile

verpflichten konnte. Dafür sollte man ihm heute noch ein Betretungsverbot für alle Gemeinden aussprechen. Aber wir Gemeinden haben uns ja auch nicht gewehrt.

Deshalb möchte ich den Blick der Gemeinderäte und Bürgermeister schärfen um in Zukunft solche Ansinnen nie mehr ohne Widerstand der Gemeinden geschehen zu lassen. Wir Gemeinden müssen mit einer Stimme sprechen und wir sollten uns unsere eigene Vertretung wählen. **Gemeindebundpräsident Christian Mader ist da sicher nicht die geeignete Person** weil er kein Leitbild hat und vom Landeshauptmann abhängig ist. **Wir Gemeinden brauchen einen geschlossenen, eigenständigen Auftritt.**

Wir Gemeinden sind das Rückgrat der Republik. Bayern beweist uns täglich, dass unser Staat leicht ohne Landesregierungen auskommen könnte, aber nicht ohne die verbindende Kompetenz der Gemeinden. Bayern hat zwar um 13.000 km² weniger Land aber um 4 Millionen Einwohner mehr als Österreich. Wir Gemeinden sind das verbindende Element und die Stabilität im politischen Alltag.

Wir müssen ja auch im Gemeinderat die Gemeinheiten des Landes absegnen. Darum ist es notwendig, dass die Landespolitik mit uns Gemeindepolitikern auf Augenhöhe verhandeln muss.

Alle 438 Gemeinden sollten sich vereint dagegen zur Wehr setzen. Wenn wir geschlossen agieren und uns verweigern kann das Land nicht handeln, sie müssen auf uns hören. In einer Geschlossenheit läge unsere Stärke.

Indem die Landespolitik gewisse Gemeinden übervorteilt bringen sie Unsicherheit in das Gemeindegewebe, **denn sie wollen uns ja in einem Abhängigkeitsverhältnis halten.** Erst bei den Landtagswahlen wird Ihnen wieder bewusst, dass sie unsere Partner sind, nach dem Wahltag ist diese Einsicht wieder vorbei. **Dabei müssten sie doch dafür sorgen, dass wir Gemeinden die bestmöglichen Voraussetzungen für unsere Aufgaben bekommen.** Wir Gemeinden brauchen ein **starkes eigenes Selbstverständnis, um ein ausgeglichenes Verhältnis zur Landespolitik zu erobern.**

Ohne Anpassung der Gehälter in der Gemeinde-Verwaltung auf ein Konkurrenzfähiges Niveau steht uns eine gewaltige Ausdünnung des Verwaltungspersonals, speziell in der Buchhaltung, in den nächsten Jahren bevor. Laut kompetenter Auskunft suchen allein im Land Salzburg bis zu 100 Steuerberaterkanzleien geprüfte Buchhalter. **Es wäre Zeit zum Handeln**

2/: Wenn ich mir die „**Gemeindefinanzierung Neu**“ anschau dann muss ich anmerken, dass die eingeschlagene Richtung stimmt, aber was ihr dann daraus gemacht habt ist nicht zielführend, weil ihr das Ziel aus den Augen verloren habt und nur die angestrebte Abhängigkeit der Gemeinden im Fokus hattet. Hinter vorgehaltener Hand sagen viele Bürgermeister, bei mir werde ich keinen größeren Gewerbebetrieb ansiedeln lassen, weil er mir die Förderquote zusammen haut. Ist dass das Ziel einer ehemaligen Wirtschaftspartei. Ist euch denn jegliche Empathie und Weitblick verloren gegangen.

Bei der „**Gemeindefinanzierung Neu**“ werden die Richtlinien so straff angewandt, weil dynamisch angepasste Entwicklungsmöglichkeiten fehlen, um genau für solche Gemeinden wie Unterach, das von euch zerstörte Entwicklungspotential, aus eigener Kraft wieder zu erreichen. Mit den einhergehenden übertriebenen verwaltungstechnischen Aufwandsansprüchen schafft man im Zeitalter der Digitalisierung mittelalterliche Strukturprobleme, welche jede/n Gemeindebuchhalter/in in die Flucht treiben, zusätzlich zur nicht konkurrenzfähigen Entlohnung. So wie sie jetzt ist, bleibt die „**Gemeindefinanzierung Neu**“ eine Fehlentwicklung. Sie schwächt, ja zerstört die Gemeinden welche noch einen Selbstfinanzungsbonus erwirtschaften könnten. Das ist eine Nivellierung der Gemeindefinanzierungsmöglichkeiten nach unten ohne für die finanzschwachen Gemeinden eine nachhaltige Verbesserung zu bringen, da die nächsten Belastungen für Diese schon geplant sind. Das ergibt keinen Sinn. Da gibt es noch sehr viele Irritationen zu beheben. **Die meisten Gemeindeprojekte sind in die Zukunft**

gerichtet, mit langfristigen Finanzierungsplänen. Basierend auf Annahmen der bisherigen Bedarfszuweisungen, da kann man nicht alles über einen Kamm scheren und linear kürzen. Noch dazu, wenn die Aufgaben und Ausgabenbeteiligungen der Gemeinden laufend von Land und Bund erhöht werden. Eindimensionale Kürzungen sind der Tod jeder dezentralen Verwaltung sowie ihrer Wirtschaft, ja es geht jede Dynamik verloren.

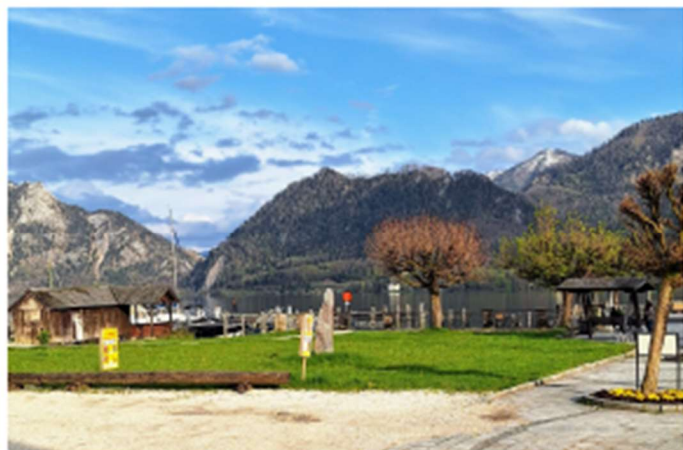
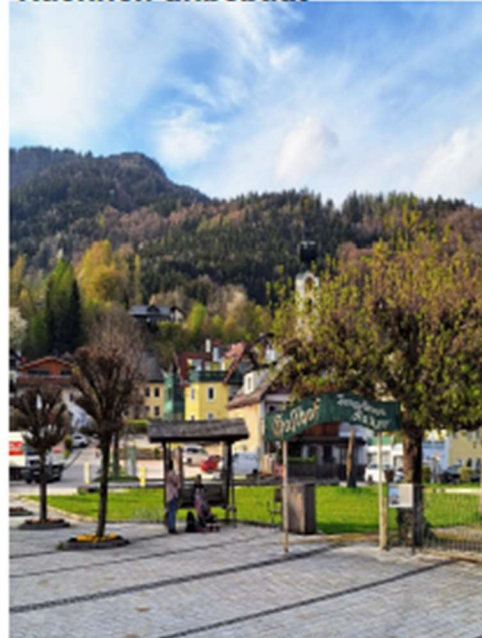
3/: **Conclusio Concret für Unterach:** unsere - vermeintlich - hohe Finanzkraft führt dazu, dass wir bei den Umlagen (Krankenanstalten- Beiträge, Sozialhilfeverbandsumlage, Landesumlage) etwa ein Drittel mehr leisten müssen, als vergleichbare Gemeinden. Das führt dazu, dass ein Großteil der Kommunalsteuer genau dafür verwendet werden muss. Dazu kommt, dass unsere mickrige Förderquote für Bedarfszuweisungen mit 23 % die geringste Förderung darstellt. Vor der Umstellung hatten wir eine Förderquote zwischen 55 und 66 %. Wenn in die Förderquote die Zweitwohnsitze mit einberechnet würden, sänke unsere Finanzkraft und wir hätten eine höhere Förderquote zu erwarten. Doch auf diesem Ohr seid ihr Landespolitiker ja taub. Für 2023 haben wir, ohne die Einnahmen wesentlich erhöhen zu können, allein aus den Steigerungen der Krankenanstalten- Beiträge, der SHV- Umlage und der zwingenden Zuführung von Erträgen aus der Abwassersparte an eine zweckgebundene Rücklage, eine **Mehrbelastung von € 345.000, ohne dafür eine Deckung zu haben.** Das sind ca. 7 % unserer Einnahmen. Nur in einem Jahr! So sind uns finanziell die Hände völlig gebunden, wir sind fremdbestimmt, von nicht wohlwollenden Politikern.

4/ Projektumsetzung, Konfliktbeschreibung mit OÖVP- Landtagsklub **Projekt Hauptplatz- Ankerplatz:**

Vorher, bebaut



Nachher, unebaut

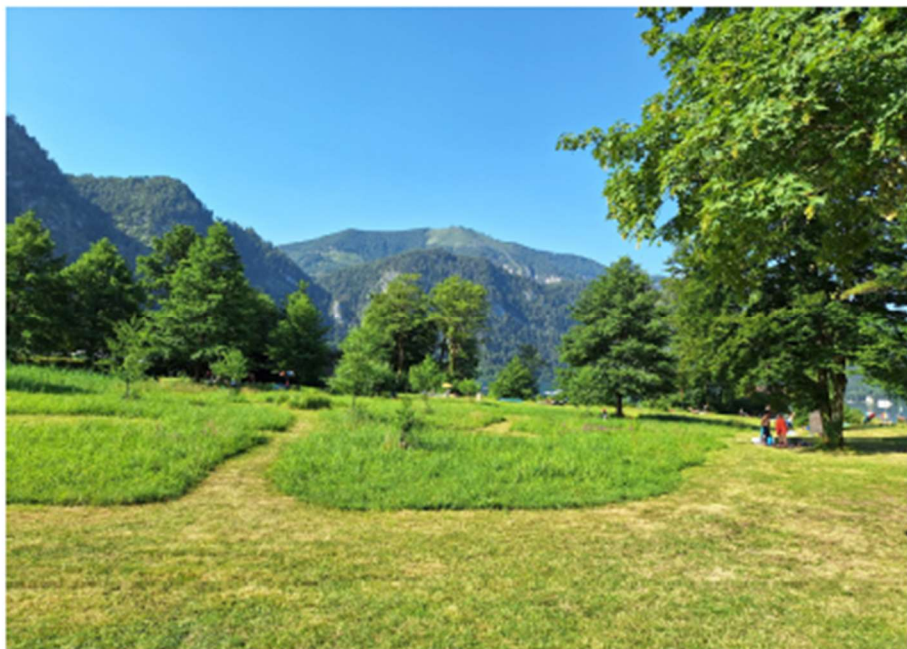


Mit Blick zum See, unebaut

Es gibt nun einen direkten fließenden Übergang zum hier nicht ersichtlichen Klimtplatz.

Für Unterach ist der Grundstücks-Erwerb am Hauptplatz ein Jahrhundertprojekt. Dieses ehemalige „Gasthof- Anker- Grundstück“ in der Sichtachse- Kirchenplatz bis zum See, bleibt der Öffentlichkeit erhalten und wird nicht mehr verbaut. Ausgenommen ist noch der nördliche Teil des Klimt-Platzes. Dies wurde der Wunsch des Bürgermeisters und seiner Mehrheits- Fraktion.

Projekt Naturbadeplatz im Freizeitgelände:



Man muss bedenken, dass die Gemeinde Unterach mit dem Ankauf dieses Seegrundstückes nur ein Versprechen des Landes, alle erhältlichen Seegrundstücke anzukaufen, vollzog.

Die 1,6 Mio. € für den Natur-Badeplatz mussten wir vorfinanzieren, weil das Land die Mittel nicht aufbringen konnte. 800.000 € blieb unser Kostenanteil, darum wurde er auch Gemeindeeigentum ohne jegliche Auflage, weil wir ihn auch bewirtschaften.

Für die heimische Bevölkerung hätten wir als Gemeinde keinen zusätzlichen Badeplatz gebraucht. Der wird auch kaum von Unterachern frequentiert, bringt der Gemeinde außer Kosten noch zusätzliche Verkehrsfrequenz. Der wird von inländischen und ausländischen Tagestouristen genutzt, weil uns zur Zeit die notwendigen Gästebetten fehlen. Die Umsetzung des Hotelprojektes beim ehemaligen Hotel-Georgshof soll diese Lücke schließen. Dieser Grundstückserwerb ist eine klassische Aufgabe für das Land OÖ. Ein Nutzen für die inländische Bevölkerung und Touristen. Für den Tourismus fühlen wir uns natürlich auch Teil-verantwortlich, weil er ein wichtiger Wirtschaftszweig für die Region ist.

Die vorgelagerte Bootshütte, welche so viele Märchenerzähler anregte, gehört de facto weil Seebesitzer den Bundesforsten, obwohl de jure diese Rechtslage noch immer nicht bindend beantwortet ist. Mit dem Vorbesitzer des Grundstückes gab es einen Bestandsvertrag.

Konfliktbeschreibung mit ÖVP- Landtagsklub:

Es ist doch eine logische Konsequenz in der politischen Projektentwicklung, dass man Projekte vor der Umsetzung durch eine überschaubare Finanzplanung absichert. Das war ja auch das Ziel des damals zuständigen Landesrates- Max Hiegelsberger, um mit der Zusicherung des inneren- Darlehens von 400.000 € die Projektbudgetierung abzusichern. Der Personalwechsel von Landesrat Max Hiegelsberger zu Michaela Langer-Weninger darf nicht dazu führen, die getätigten und durchgeführten Zusagen als ungültig zu erklären. **Das führte in der weiteren Folge dazu, dass die Gemeinde vorzeitig € 400.000 an Darlehen tilgen musste.**

Wir betteln um keine Almosen, sondern fordern die Vorauszahlungen auf die BZ-Tranchen 2023 und 2024 von 400.000 Euro zurück, (diese Tranchen wurden aber bereits als Sondertilgung an die Bank bezahlt) um bewilligte und durchgeführte Projekte ordentlich, wie geplant zu budgetieren.

Es ist unbedeutend wer die „Parteifreunde“ namentlich waren, welche sich im Kontrollausschuss gegen unsere Gemeinde stellten. Tatsache ist, dass der Klubobmann in seiner Führungsrolle mit gestimmt hat. Also liegt dieses Problem im Klub und nicht nur bei LR*in Langer- Weninger. und LR Achleitner. **Wie soll man das bewerten?**

Weil es unrund anmutet, wenn der Klubobmann im Landtag unsere Position bemerkenswert positiv verteidigt und dann genau gegenteilig handelt.

Uns ersucht, genauso wie Langer Weninger, uns ruhig zu verhalten weil man keine Konflikte brauchen kann solange die Verhandlungen mit dem Landesrechnungshof dauern. In der Zwischenzeit hat man aber gehandelt, und wie! Ganz hinterhältig. **Warum den Klubobmann so plötzlich der Mut verlassen, bzw. vor dem Landesrechnungshof so großen Respekt hatte wird sich aber möglicherweise im Landtag noch klären lassen, welchen man aber unbedingt umgehen wollte um eine Transparenz zu verhindern.**

Sollte wirklich das Sprichwort stimmen, dass die Steigerungsstufe von Feind – Parteifreund ist. Es hat auch etwas mit Charakter und Haltung zu tun.

Mit redlichem Charakter und Mut zu seiner Haltung zu stehen, solch ein Verhalten wäre eines vorbildlichen Politikers würdig gewesen. Unseren Bürgermeister Georg Baumann könnt ihr als ein solches Beispiel betrachten. Deshalb seine erfolgreiche Tätigkeit als Bürgermeister.

Ich sehe drei Varianten welche die Ursache sein könnten. **Erstens:** Der Klubobmann dachte, wenn er uns im Landtag verteidigt geben wir uns damit zufrieden und er kann seinen Interessenskonflikt zu unseren Lasten austragen. **Zweitens:** Ihn hatte der Mut verlassen weil er von anderer Seite unter Druck geraten war. **Drittens:** Solche Entscheidungen passieren nicht ohne Billigung oder Betreiben des Landeshauptmannes, welcher sich seine LR sorgfältig ausgewählt hat. Der Landeshauptmann und seine Landesräte sind ja Teil des ÖVP- Landtagsklub. **Sie haben uns gemeinsam sehenden Auges in die Pleite getrieben** (Härteausgleichsgemeinde). Obwohl wir, die Fraktion und der Bürgermeister alles Vorsorgliche unternommen haben, damit so etwas nicht passieren kann. Egal welche der Drei Möglichkeiten zutreffen, es ist von allen Beteiligten ein verantwortungsloses Handeln. **Bei solchen Parteifreunden brauchst du keine Feinde mehr.**

Die Ressortzuständigen- Landesräte Langer Weninger und Achleitner waren monatelang für den Bürgermeister nicht erreichbar. Als dann endlich auf Druck ein Termin bei LR- **Achleitner** zustande kam stellte sich heraus, der hat die Empathiefähigkeit eines Wasserhydranten, **dieser Mann ist als Politiker eine Zumutung.**

Und, was habt ihr mit eurem Verhalten erreicht? Ihr habt die oppositionellen Schlagzeilengestalter, eure Konkurrenten im Landtag, stark gemacht.

Ihr habt uns im Ort echt blamiert obwohl wir bei den letzten Gemeinderatswahlen die absolute Mehrheit um zwei Mandate ausgebaut haben. Ihr habt in unserem Ort die Opposition ermutigt gegen uns und damit gegen die Interessen der eigenen Gemeinde zu agieren.

Wir könnten trotz eurem Verrat die Probleme selber lösen wenn wir eine zweidrittel Mehrheit im Gemeinderat dafür erreichen könnten. **Aber so wie bei Euch ist es auch bei unserer Opposition im Ort, ihr gebt nicht zu erkennen, dass euch das Wohl unserer Gemeinde am Herzen liegt.** Kann man da noch in den Spiegel schauen?

Der Investor Herr Seidl hat uns angeboten das Grundstück am Hauptplatz zurückzukaufen um sein bewilligtes Projekt zu bauen.

99 Prozent der Bevölkerung sind begeistert, dass das Ankergrundstück für die Öffentlichkeit zur Verfügung steht und nicht bebaut wird. Wenn ihr uns dazu zwingt dieses Grundstück wieder zu bebauen werdet ihr bei den nächsten Landtagswahlen in Unterach keine zehn Stimmen erobern.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in Unterach bei den nächsten Gemeinderatswahlen noch als ÖVP antreten wollen. Doch ohne Unterstützung von den Gemeindepolitikern kann keine Landes- Partei Wahlen gewinnen.

Wenn ein überzeugter konsensorientierter (ÖVP) Bürgermeister nicht einmal mehr bei den eigenen Landespolitikern durchdringen kann, dann werde ich als ältester Gemeinderat meine selbstgewählte Verantwortung in angedeuteter Form, wahrnehmen.

Senior- Gemeinderat, Peter Steiner.Sonnwendbühel 40, 4866 Unterach,

Mobil + WhatsApp: 0664 30 73 295 Mail: p.steiner48@gmx.at

PS:

Um bei der Gemeindegemeinschaft erfolgreich eine relative Unabhängigkeit zur Landespolitik erreichen zu können wird es aber notwendig sein, parteipolitische Tendenzen zurückzudrängen. Nicht für die Zielarbeit im Ort, aber für die Gesamtplanung im Umgang mit der jeweiligen Landesregierung.

Mehrheiten und Landesregierungen wechseln im Einfluss der Demokratie und alle stehen unter dem Druck der nächsthöheren Instanz, der Bundesregierung. Keine Landesregierung-(egal welcher Farbe) konnte bisher der Versuchung widerstehen, die unangenehmen Dinge an die Gemeinden abzuschieben. Wir Gemeinden haben jetzt einen Status an Belastungen erreicht welcher unerträglich geworden ist, wo die Entscheidungen nicht mehr im Gemeinderat getroffen werden. Wir dürfen dann nur noch Beschlüsse fassen welche Andere vorgeben. Wer will da noch Gemeinderat oder Bürgermeister werden? Das schaffen auch Personen ohne Qualifikation. Ich bin überzeugt es ist 5 vor 12. Besinnen wir uns auf unsere Fähigkeit zu Diskutieren und eignen wir uns innerhalb der Gemeinden die Fähigkeit zu einem Pragmatismus an, um den Willen der Sachlichkeit zu stärken. Mit Überblick und Sachlichkeit zu Handeln, um nicht unter die Räder der Landesregierung zu geraten. Um die Gemeindepolitik mit mehr Eigenverantwortung wieder interessant und spannend zu gestalten.